Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 26 (1932)

Heft: 6

Artikel: Zur Weltlage : das deutsche Problem ; Das weltpolitische Ringen ; Die nationalen Freiheitskämpfe ; Der Faschismus ; Vom wirtschaftlichen Zusammenbruch ; Vom Sozialismus ; Die Abrüstung ; Die Friedensbewegung ; Schweizerisches ; Kulturelles ; Religiöses ...

Autor: Ragaz, Leonhard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-136290

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

„Sozialen“ zu Gott zu kommen. Wie ſich auf jenem Weg das „Religiöſe“ erfüllt, ſo auf dieſem das „Soziale“.

Dieſer Gedankengang des Referates gibt nur eine Andeutung von dem Reichtum, den der Vortragende vor uns ausbreitete.

Leider verlief die ſich anſchließende Diskuſſion nicht ſehr befriedigend (wie ich ſchon erwähnt habe), indem die Hauptpunkte, um die es dem Referenten ging und die ich oben ſkizzierte, nicht berührt wurden. Die Ausſprache bewegte ſich viel zu lange auf einer Nebenlinie, die der Referent nur kurz berührt hatte, ſo daß dann keine Zeit und Luſt mehr übrig blieb, das Weſentliche zu diskutieren. Es war das Problem der Kirche und ſpeziell der Wert der Arbeit der ſozialiſtiſchen Kirchgenoſſen und ihr Verhältnis zur geſamten religiös-ſozialen Bewegung, bei deſſen Erörterung die *Meinungen*, ſicher *nicht die Geſinnungen* auseinander gingen.

Es war das einerſeits bedauerlich, anderſeits aber mögen gerade ſolche Zwiſchenfälle und Mißverſtändniſſe doch auch zum Nachdenken anregen und der Klärung dienen. Und darum wollen wir dieſen etwas unbefriedigenden Schluß der ſonſt ſo ſchönen Tagung nicht tragiſcher nehmen, als er es verdient. Vor allem möge der Referent daraus nicht den Schluß ziehen, daß ſein Referat auf ſteinigen Boden gefallen, ſondern er darf überzeugt ſein, daß auch wir alle, die wir es hörten, das möchten, was er will und ſtets vertrat und was von einem unſerer Freunde einmal in folgende Worte gefaßt wurde: „Ihm (Ragaz) iſt der Sozialismus nicht bloß eine politiſche Machtfrage, ſondern eine lebendige Idee, für deren Verwirklichung er ſeine ganze Perſönlichkeit einſetzt.“ *Marie Lanz.*

Nachwort: Zu dieſem Bericht unſerer Freundin erlaube ich mir bloß zu bemerken, daß ich den Verlauf jener „Diskuſſion“ etwas weniger „optimiſtiſch“ deuten muß. Es iſt eben doch eine bedenkliche Tatſache, daß in jener ganzen Ausſprache mein eigentliches Anliegen ob Nebenſachen gar nicht (oder faſt gar nicht) zu Worte kam. Mir will es ſcheinen, meine Ausführungen ſeien den meiſten ziemlich überraſchend gekommen und es ſei ihnen nicht ſofort möglich geweſen, dafür das Verſtändnis aufzubringen, es ſei alſo dieſes Ergebnis meines Vorſtoßes (zu dem ich mich tief verpflichtet fühlte) ein Beweis ſeiner Notwendigkeit geweſen. Das *innere* religiös-ſoziale Problem *beſteht*, auch wenn wenige es ſehen ſollten. Ich gedenke es wieder zur Sprache zu bringen. *Leonhard Ragaz.*

Zur Weltlage

Das deutſche Problem.

Der Kinocharakter, welcher beſonders der weltpolitiſchen Bewegung unſerer Zeit eignet (wenn auch nicht nur ihr) und den ich ſchon öfters hervorgehoben habe, hat ſich in dem plötzlichen Auftauchen einer *deutſchen General- und Junkerregierung* wieder be-

währt. Man ſchaute auf den Kampf Brünings mit ſeinen Gegnern, auf den Anſturm des Nationalſozialismus, fragte, wie lange ſich Brüning halten werde, ſah auf der andern Seite Hitler als deutſchen Regenten auftauchen — auf einmal ſteht eine Regierung von Generälen und Baronen da, wie durch einen Filmregiſſeur ins Daſein gerufen. Und doch iſt objektiv die Ueberraſchung nicht ſo groß, wie wir ſie ſubjektiv empfinden. Es iſt in dieſen Betrachtungen zur Weltlage doch immer wieder darauf hingewieſen worden, daß die Linie Hindenburg-Gröner-Brüning, vielleicht mit einiger Herbeiziehung Hitlers, ſich ſtärker erweiſen werde als das reine Hitlertum. Nun ſcheint freilich zuerſt durch den Sturz Gröners und dann Brünings gerade dieſe Linie zerbrochen. Aber ich meinte ja nie, daß es ſich gerade um dieſe Namen handle; ſie waren mir bloß Symbole einer beſtimmten Macht, nämlich des älteren, beſonders preußiſchen Konſervativismus, und zwar wieder vorwiegend in ſeiner militäriſchen Form, im Gegenſatz zu der neuen demagogiſch-radikalen Volksbewegung des Nationalſozialismus unter der Führung eines Oeſterreichers. Und *dieſe* Linie iſt's, die ſich in der neuen Regierung geltend macht. Ob dabei das Zentrum eine mehr oder weniger große Rolle ſpielt, iſt in *dieſem* Zuſammenhang offenbar nicht entſcheidend.

Nach der erſten Ueberraſchung, welche durch das plötzliche Hervortreten einer „Militärdiktatur" erzeugt wurde, ſtellte ſich bald Einſtimmigkeit des Urteils über dieſen Sinn der Aktion Hindenburgs, Schleichers und ihrer Hintermänner ein. Sie will dem Hitlertum, es benutzend und ihm Zugeſtändniſſe machend, doch den Weg zur vollen Macht verſperren, dem alten preußiſchen Herrentum ſeine Geltung wahren und auch das deutſche Reich vor Abenteuer, Terror und Zerfall ins Chaos retten.

Doch iſt dies offenbar nicht ihr ganzer Sinn. Es ſtehen hinter dieſer Regierung neben den reaktionären Mächten des Großagrariertums auch die der Großinduſtrie. Dieſe zielen auf einen neuen Kurs in der *Sozialpolitik*, auf Beſchneidung der Leiſtungen für die Arbeitsloſen, Aufhebung der Tarifverträge, Brechung der Macht der Gewerkſchaften und der Arbeiterbewegung überhaupt, im beſonderen der Sozialdemokratie. Ein *faſchiſtiſcher* Einſchlag iſt in ihrem Programm unverkennbar. Es richtet ſich gegen den „atheiſtiſchen Marxismus" und die „Parlamentsdemokratie" und verlangt die Aufhebung oder doch Aenderung der Weimarer Verfaſſung. Endlich mag aus dem alten konſervativen Inventar noch der Kampf für alte, gute Sitte und „chriſtliche Weltanſchauung" gegen den „Kulturbolſchewismus" geholt worden ſein.

Vergegenwärtigen wir uns, bevor wir die neue Lage beleuchten, um der Vollſtändigkeit dieſes Ueberblickes willen noch raſch die Ereigniſſe, die zu der neueſten Wendung geführt haben: In der Reichstagsſitzung, welche ihr vorausging, hatte die Regierung Brüning ſich

mit 30 Stimmen Mehrheit behauptet. Einen üblen Ausklang fand ſie in der ſchmählichen Mißhandlung des Dr. Klotz, der die ſexuellen Schweinereien im Lager der Erneuerer Deutſchlands aufgedeckt hatte, durch einen Haufen derſelben. Dann folgte der Sturz Gröners. Dann die Preußenwahlen. Die erſte Sitzung des neuen Landtages brachte mit der Wahl eines Nationalſozialiſten zum Präſidenten das Schauſpiel einer völligen „Schlacht" zwiſchen Nationalſozialiſten und Kommuniſten. Inzwiſchen war Hindenburg auf ſein Gut Neudeck in Oſtpreußen in die Pfingſtferien gegangen. Dort ſcheint ihn nicht gerade heiliger Geiſt, ſondern der Geiſt des oſtpreußiſchen Junkertums angeweht zu haben. Man wußte ihm weiszumachen, die von der Regierung Brüning geplante, auch von konſervativen Kreiſen gebilligte Aufteilung ökonomiſch unhaltbaren Großgrundbeſitzes zu Siedlungszwecken ſei eine Art Bolſchewismus und ſolle dazu der Katholiſierung Oſtpreußens dienen. Ob dazu dann noch, von anderer Seite her, die Erwägung gekommen iſt, es laſſe ſich auf die Länge nicht mehr eine Regierung halten, die nicht die Mehrheit des Volkes hinter ſich habe, bleibe dahingeſtellt. Gar zu komplizierte und tiefgehende, vielleicht gar demokratiſche Gedankengänge wird man dem alten Marſchall wohl nicht zutrauen dürfen. Es ging dann militäriſch zu: zwei Unterredungen zwiſchen Hindenburg und Brüning entſchieden. Man behauptet, daß dieſer ſich von dem Manne, zu dem er geſtanden, wie etwa ein Miniſter des alten Regimes zu ſeinem angeſtammten Fürſten oder ein Hauptmann zu ſeinem verehrten General und für den er ſich im Kampfe für ſeine Neuwahl zum Reichspräſidenten mit Ueberſchwänglichkeit eingeſetzt hatte, eine ziemlich barſche Behandlung habe müſſen gefallen laſſen.

Man muß ſich überhaupt klar machen, daß Hindenburg nun eine Art Erſatz-Kaiſer geworden iſt. Wie der alte Kaiſer — und faſt noch ſelbſtherrlicher — entläßt er einen Reichskanzler, der eine Mehrheit im Parlament hat, und ſetzt eine neue Regierung ein. Brüning hat nicht zuletzt dieſe neue Autorität geſchaffen und erntete, was er geſät hat. Auf die entgegengeſetzte Linie ſcheint es zu gehören, wenn Gröner geſtürzt wurde, weil er „das Vertrauen der Wehrmacht nicht mehr beſitze" (wo fragte im frühern Preußen ein König nach dieſem Vertrauen?), aber es bedeutet die gleiche Auflöſung der verfaſſungsmäßigen Ordnungen in die Diktatur. Die Militärdiktatur iſt nun in vielen Ländern das Ende der Demokratie.

Perſönlich könnte ich mich durch die Rolle, die nun Hindenburg ſpielt, befriedigt fühlen. Denn ſchon bei der erſten Wahl Hindenburgs zum Reichspräſidenten habe ich erklärt, das deutſche Volk werde dieſe noch *büßen* müſſen. Ich betrachtete ihn ſtets als Bollwerk nicht der Demokratie, ſondern ihres Gegenteils, als Platzhalter für die Reaktion und vielleicht gar des wiederkommenden Kaiſertums. Seine Haltung aber ſchien meiner Befürchtung ſehr Unrecht

zu geben. Nun bekomme ich darin doch noch Recht, bin aber darob keineswegs erbaut. Man bekäme oft lieber Unrecht! [1])

Die erste Frage angesichts dieser neuen Lage ist natürlich: „Wird die durch die neue Regierung markierte Linie in ihrer besonderen Form sich *behaupten* können? Und mit welchen Mitteln wird sie es allfällig tun? Ende Juli sollen die Wahlen zum neuen Reichstag stattfinden. Wie werden sie ausfallen? Werden sie der Regierung Papen-Schleicher (eigentlich Schleicher!) die nötige Machtgrundlage bringen? Wenn nicht, wird sie zurücktreten, Koalitionen suchen oder einfach mit dem Säbel, d. h. gestützt auf die Reichswehr, regieren?

Wie gestalten sich nun die Fronten? Auf der Seite der Regierung Papen-Schleicher stehen also die Kreise des Großagrariertums und der Großindustrie, ferner die Deutschnationalen und vorläufig, wie es scheint, Nationalsozialisten, dazu selbstverständlich alles, was in den Bannkreis des Militärs gehört. Das ist eine starke Front. Aber eine starke Front steht ihr auch gegenüber: die Sozialdemokratie, die den letzten Mann und die letzte Frau aufbieten wird, das Zentrum, das durch die brüske (vielleicht auch in der Form brüske) Entlassung Brünings gereizt und überhaupt durch die neue Wendung stark in seiner Machtstellung bedroht ist, dazu die Kommunisten und die Reste der bürgerlichen Demokratie außerhalb des Zentrums. Man sollte meinen, daß diese Front wohl im Stande sein werde, die andere im Zaum zu halten. Aber was dann?

Vor allem drängt sich die Frage auf: „Was wird mit dem *Nationalsozialismus* werden?" Wird er sich an diesem Damme brechen, etwa so, daß ihm ein Stück Macht eingeräumt wird, gerade so viel, als Hitler und seinen „Unterführern" zur Not genügte, oder wird er den Damm überbranden, so daß wir ein ganz von Hitler regiertes Deutschland erleben werden? Ich kann nur wiederholen, was ich schon oft ausgesprochen: die Hitlerwelle mag wohl auch jenen Damm überspülen, aber sie wird sich nicht lange behaupten können. Die ihr entgegenstehenden Kräfte sind trotz allem zu stark. Und sie selbst

[1]) Auf meine Bemerkung im Aprilheft hin, daß man von dem Manne, der 80 000 Russen in die masurischen Sümpfe getrieben, wo sie elend umkamen, doch nicht wohl sagen dürfe, er sei „ein wirklicher Vertreter der Botschaft Jesu", habe ich von sehr kompetenter Seite die Mitteilung bekommen, daß diese in die masurischen Sümpfe gedrängten und dort jämmerlich ertrunkenen 80 000 Russen ins Reich der Erfindung gehörten. Das ist mir völlig neu; ich glaubte, es handle sich um eine ganz unbestrittene Tatsache. Als solche wird sie allgemein angenommen. Uebrigens wollte ich wegen dem Los dieser Russen nicht Hindenburg persönlich einen Vorwurf machen. Er hätte damit als Soldat nur seine Pflicht getan. Der Tod jener Russen in den „masurischen Sümpfen" wäre nicht als solcher beabsichtigt, sondern bloß Folge einer überlegenen Strategie Hindenburgs gewesen. Wenn aber meine Bemerkung in dieser Form auf einer falschen Voraussetzung beruhte, so bleibt sie grundsätzlich doch im Rechte: man darf einem Manne, zu dessen Beruf das Töten im Kolossalstil gehörte, nicht einen „wirklichen Vertreter der Botschaft Jesu" nennen.

ist aus allzu verschiedenen Elementen zusammengesetzt. Noch in der letzten Reichstagssitzung hat einer ihrer wichtigsten Führer, Gregor Strasser, eine scharf antikapitalistische Rede gehalten, welche die Großindustriellen und Großagrarier wohl erschreckt haben mag. Es könnte diesen wohl an der Zeit scheinen, diese Dogge, die man gegen den „Marxismus" gehetzt, wieder an die Kette zu legen. Wenn aber die riesigen Gelder, die von dieser Seite Hitler zuflossen, ausbleiben, wie will er dann seinen Apparat bestreiten? Schon jetzt soll ein Defizit von Dutzenden von Millionen vorhanden sein.

Die Linie Schleicher-Papen dagegen hat den Vorteil, daß sie Aussicht hat, allerlei Bundesgenossen im Ausland zu finden. Die französische Rechte, die englischen Dyehards, alles, was Angst für irgendeinen Besitz hat, auch in den „demokratischen" Ländern, nicht zuletzt in der Schweiz, wird auf ein solches halbfaschistisches Regime mit Freude blicken, in dem Gefühl: Tua res agitur! Auch das Zentrum könnte sich eines Tages leicht wieder mit ihm verbinden. Es hat also, wie es wenigstens scheint, alle Aussicht, sich viel länger zu behaupten, als ein reines Hitlerregiment. Darum ist es nicht eine sehr akute, sozusagen explosive Gefahr wie dieses, aber dafür eine chronische und stabile.

Setzen wir also den Fall, daß wir auf die Dauer mit dieser Machtlinie rechnen müssen, welches werden die *Folgen* sein? Daß es ein reaktionärer, zum mindesten halbfaschistischer Kurs sein wird, haben wir als wahrscheinlich angenommen. Was dann?

Was wird aus Sozialismus, Pazifismus, Demokratie?

Was den Sozialismus betrifft, so hat diese Wendung wenigstens ein Gutes: Er ist nun endlich wieder in der Opposition. Der ganze riesige Irrtum der „Tolerierung", an dem die Sozialdemokratie beinahe zugrunde gegangen ist, muß nun auch den Blindesten im Stillen klar sein. Ebenso der Irrtum der sozialistischen Militärpolitik. Man hat nun doch wohl gesehen, wohin der Weg der Panzerkreuzer führt und auch, wie eine sozialistische und demokratische Macht immer die düpierte ist, wenn sie meint, eine Militärmacht sich durch Zugeständnisse günstig stimmen zu können. Und endlich: Die Notwendigkeit einer Einigung der streitenden proletarischen Parteien wird durch die kommende gemeinsame Not wirksamer gepredigt werden als durch alle andern Argumente.

Im übrigen wiederhole ich auch hier schon Gesagtes. Der Vorteil dieses Regimes (neben seiner Gefahr) ist, daß es die gegnerischen Positionen wohl nicht radikal *zerstört*, wie ein entschlossener Faschismus es wenigstens *versuchen* würde, sondern sie bloß *bedrängt*. Dann bekommen aber diese Kräfte *Zeit* — Zeit zur Besinnung, Erneuerung, Sammlung. Da aber nach meiner Ueberzeugung Sozialismus, Pazifismus, Demokratie dies bitter nötig haben, kann eine solche

Periode der Unterdrückung, des Kampfes, des Untendurchmüſſens ihnen ſehr zum Heil gereichen, ſtatt zum Unheil. Sie iſt vielleicht ſogar, menſchlich geſprochen, die einzige Chance ihres ſpäteren Sieges. Sie müſſen aus der Sattheit, Ueberheblichkeit und Ungeiſtigkeit einer ſcheinbar ſiegesſicheren Poſition aufgerüttelt werden, müſſen ſich reinigen, vertiefen, neue Formen und vor allem neuen Geiſt ſuchen. Sie müſſen es, wenn ſie leben wollen. Allerlei Unrat, der ſich auf dem Boden des Sozialismus angeſammelt und allerlei Unkraut, das darauf gewachſen, müſſen im Feuer dieſer Prüfungszeit verbrannt werden. Für das ſozialiſtiſche Strebertum, das ſich in der Konjunktur von allen Seiten herandrängte, wird kein Raum mehr ſein; das ſozialiſtiſche Philiſtertum, das in dieſen „guten" Zeiten gedieh, wird wieder einem heroiſcheren Stil weichen; und ein gewiſſes Bonzentum, das an alledem eine Hauptſchuld hat, wird endlich dorthin kommen, wohin es längſt gehört. Und ähnlich wird es mit Demokratie und Pazifismus gehen.

Es kann alſo in dieſer Wendung viel Gutes liegen. Es kommt nur darauf an, daß wir dieſen Sinn, der darin liegt, erkennen, uns auf *ſeine* Linie begeben, nicht verſuchen, es mit Demagogie und ſchlauem Machtkalkül zu machen, und vor allem auch lernen, den Segen des *Leidens* für die Gerechtigkeit (des „Kreuzes"!) zu verſtehen.

Auch ſonſt werden durch die neue Lage allerlei Fragen geſtellt. *Süddeutſchland* ſcheint entſchloſſen, eine neue Vorherrſchaft des alten preußiſchen Syſtems nicht hinzunehmen. Bayern droht ſogar mit Trennung. Jedenfalls taucht wieder die Mainlinie auf. Das iſt noch nicht ſo ſchlimm. Eine Verſchiebung des deutſchen Schwerpunktes von Berlin weg könnte für das deutſche Volk von größtem Segen werden. Bedenklicher iſt eine andere Linie: die *konfeſſionelle.* Die neue Regierung iſt, trotz ihrem katholiſchen Kanzler, doch auch Frucht einer *proteſtantiſchen* Reaktion gegen die Vorherrſchaft des Zentrums. Aber nun nimmt auch der Nationalſozialismus immer mehr eine antikatholiſche Geſtalt an. Die Wahlen zeigen immer deutlicher, daß die Bewegung im Weſentlichen vom Proteſtantismus getragen iſt. Aber was bedeutet das für den Proteſtantismus? Das Zentrum, wenn es feſt bleibt, mag aus ſeinem Kampf gegen das Hakenkreuz neue Kraft gewinnen, aber was ſoll aus einem Proteſtantismus werden, der im Nationalismus aufgeht? Iſt da etwa anderes zu erwarten als Gericht und Sturz?

Viel bedenklicher noch erſcheinen die Folgen der Wendung in bezug auf das, was wir die *äußere Politik* nennen können, oder ſagen wir es offen: in bezug auf den *europäiſchen* und den *Weltfrieden.* Denn die neue Regierung wird ſich mit mehr oder weniger Zurückhaltung, aber mit ſicherer Entſchloſſenheit die Wiederaufrichtung der alten deutſchen Macht zuwenden. Sie wird vielleicht ſo weit gehen, den

Vertrag von Verſailles einfach zu *künden.* Darüber hinaus wird ſie mit den alten Machtzielen neue verbinden. Sie wird auf dem „Wege nach Bagdad" Oeſterreich dem neuen Reich angliedern und ſich den Balkan, überhaupt den europäiſchen Südoſten wirtſchaftlich und politiſch zu unterwerfen trachten. Weiter aber werden ihre Blicke nach *Rußland* gehen. Ein Bündnis *mit* Rußland bleibt als Eiſen im Feuer der deutſchen Diplomatie. Ein anderes Eiſen aber wird das Angebot eines Bündniſſes mit dem „Weſten" *gegen* Rußland ſein. Als Preis dafür würde die Erlaubnis zur militäriſchen *Aufrüſtung* verlangt. Und es ſcheint im „Weſten" Kreiſe zu geben, die bereit ſind, dieſen Preis zu zahlen, wobei das *Milizſyſtem* ſich als Uebergang und Maskierung empföhle.[1]) Der bisher immer noch utopiſch-phantaſtiſch erſchienene Plan eines kapitaliſtiſch-nationaliſtiſchen (vielleicht *kirchlich* ſanktionierten!) Kreuzzuges gegen Sowjetrußland rückt wieder etwas mehr in den Bereich der Möglichkeit. Japan wäre als Helfer bereit. Ein auf dieſem Weg wieder ſehr mächtig gewordenes Deutſchland würfe ſich dann zuletzt auf Frankreich. Die Aufrüſtung betreibt man inzwiſchen auf anderen Wegen weiter. Die Wehrverbände werden nun erſt recht begünſtigt und ausgebaut, die Hitlerſchen wiederhergeſtellt werden. Der ſogenannte *Arbeitsdienſt,* der zunächſt der Hebung der Arbeitsloſigkeit dienen ſoll, wird natürlich in der Richtung der militäriſchen Aufrüſtung ausgeſtaltet. Wir ſtehen vor einer Lage, worin alle Gefahren von 1914 noch gewaltig geſteigert ſind.

Was iſt im Angeſicht dieſer Lage zu tun? Grundſätzlich iſt es klar. Es müſſen ſich alle die Mächte zuſammenſchließen, welche in dieſer Entwicklung eine gewaltige Gefahr ſehen. Alle demokratiſchen, ſozialiſtiſchen, pazifiſtiſchen Kräfte der ganzen Welt müſſen ſich zu gemeinſamem Kampfe gegen die gemeinſame Bedrohung zuſammenfinden. Auch müſſen diejenigen politiſchen Mächte, große und kleine, welche die Gefahr der Lage erkennen, ſich zuſammentun, um das Deutſchland Schleichers wie Hitlers merken zu laſſen, daß ſie zwar zu jedem Schritt bereit ſeien, der dazu diene, Deutſchland aus ſeiner jetzigen Not zu helfen, ihm freie Bewegung zu ſchaffen und ihm angetanes Unrecht gutzumachen, und daß es ihnen mit der Schaffung einer neuen Ordnung des Völkerlebens Ernſt ſei, daß ſie aber der Machtſpekulation, die zu einer neuen Kataſtrophe führen müßte, mit Unerbittlichkeit entgegenträten. Wenn dieſer doppelte Zuſammenſchluß geſchieht, und raſch geſchieht, dann mag es vielleicht zu einer innerdeutſchen Kataſtrophe kommen (ſie erſcheint oft faſt unvermeidlich), aber dieſe würde weder Deutſchland verſchütten, noch

---

[1]) Daß Verhandlungen dieſer Art ſchon lange hin und her gehen, iſt eine bekannte Sache. Einer ihrer Träger iſt z. B. der Freiherr von Rechberg, daneben der Jungdeutſche Orden.

über ſeine Grenzen ſtark hinausgreifen, und nachher wäre dann vieles möglich, was jetzt unmöglich ſcheint — auch in und für Deutſchland.

Wird dieſe doppelte Abwehr ſich finden? Es hängt viel davon ab.[1])

Das weltpolitiſche Ringen.

Es iſt klar, daß die deutſche Lage auf die ganze Weltpolitik ausſtrahlt, teils direkt, teils indirekt, teils aus der Nähe, teils aus der Ferne.

Setzen wir dabei ein.

a) *Die franzöſiſche Wendung.* Irgend ein freundliches oder auch unfreundliches Spiel (ziehen wir vor: ein freundliches) hat es bewirkt, daß faſt gleichzeitig mit dieſem Umſchwung zum Schlimmeren (wenigſtens auf den erſten Blick Schlimmeren) in Deutſchland ſich in Frankreich einer zum Beſſeren (und zwar wohl nicht bloß auf den erſten Blick Beſſeren) vollzog. Wir haben davon das letzte Mal geredet. Inzwiſchen hat ſich nun das Miniſterium Herriot gebildet, das zweite „radikale" Kabinett nach dem Kartellkabinett, das aus den Wahlen von 1924 hervorgegangen war. Die Koalition mit den Sozialiſten iſt diesmal nicht zuſtande gekommen, wahrſcheinlich weil vom Schickſal jener Kartellregierung zu ſagen iſt: Vestigia terrent (die Spuren ſchrecken), aber vorläufig genießt Herriot die Unterſtützung Léon Blums. Es iſt eine Folge der deutſchen Vorgänge, daß die neue Regierung in den zwei entſcheidenden Fragen der Weltpolitik: Abrüſtung und Reparationen, im Entgegenkommen nur wenig über die Haltung des Miniſteriums Tardieu hinausgehen und, um die nationale Einheit in dieſen ſchwierigen Zeiten nicht zu gefährden, auch in der innern Politik nichts Großes wagen darf. Die Wahl Lebruns zum Präſidenten hatte den gleichen Sinn. Es iſt aber gleichwohl ein Glück, daß wir es jetzt mit einem Frankreich Herriots zu tun haben. Ein ſolches wird weder auf die Pläne der mehr oder weniger faſchiſtiſchen Weltreaktion eingehen, noch anderſeits den deutſchen Nationalismus durch unnötige Schroffheit reizen und die ganze Weltlage verſchlechtern. Auch iſt ein gewiſſer Zuſammenſchluß „Herriots", „Macdonalds" und „Stimſons" (die drei Namen ſind als Symbole von *Richtungen* und *Ländern* gemeint) auf Grund dieſer Lage viel leichter.

b) *Der nahe Oſten und Südoſten.* Der deutſche Nationalismus brandet vorläufig weniger gegen Frankreich als gegen *Polen* an. Ganz Deutſchland iſt durch eine Hetzpropaganda erregt, die behauptet: „Die Polen ſtehen überfallsbereit an der Grenze, um Danzig und ganz Oſtpreußen wegzunehmen." In Polen lautet das Echo:

---

[1]) Das Mißtrauen des Auslandes gegen die Regierung *von Papen* wird ſehr durch den Umſtand verſtärkt, daß von Papen als Militärattaché der deutſchen Geſandtſchaft in Waſhington in Amerika ſich einen ſehr ſchlechten Ruf gemacht hat.

„Die Deutſchen ſtehen überfallsbereit an der Grenze, um uns den Korridor und vielleicht noch mehr wieder wegzunehmen.“ Im Ausſchuß des deutſchen Reichstages für das Auswärtige hat man ſcharfe Erklärungen an Polen und Litauen (wegen Memel) beſchloſſen. Ueber Memel wird auch viel gelogen; ich weiß es aus zuverläſſiger deutſcher Quelle.

Daß dieſer ganze Zuſtand ſchwere Gefahren einſchließt, liegt auf der Hand. Es iſt an dieſer Stelle ungeheuer viel Exploſionsſtoff angehäuft. Auch wenn gegenwärtig keine *Regierung* Krieg will, ſo kann er in der Gluthitze der nationaliſtiſchen Leidenſchaft eines Tages ſich von ſelbſt entzünden. Unſer Troſt iſt, daß auch an jener Stelle Menſchen ſind, die einen andern Geiſt vertreten und von denen die Verheißung gilt, die Jakobusbrief 5, 16 ſteht.

Andersartig, aber nicht weniger groß ſind die Gefahren im *Südoſten.* Hier droht mit dem allgemeinen ökonomiſchen Ruin (eine Folge des Sinkens des Preiſes der landwirtſchaftlichen Produkte und ihres Abſatzes, aber auch der unerhörten militäriſchen Rüſtungen, der Diktatur und Korruption) auch der Staatsbankrott. Bulgaren ſtellt ſeine Reparationszahlungen an Griechenland ein und verlangt überhaupt ein Moratorium. In Griechenland ſoll ein Miniſterium Papanaſtaſiu den demokratiſchen und ſozialiſtiſchen Tendenzen Ausdruck geben, wird aber bald (wohl nach einem zum voraus feſtgelegten Plan: es ſollte bloß ein Ventil ſein) durch Venzilos wieder geſtürzt. In Rumänien muß ebenfalls aus ökonomiſchen Gründen das Kabinett Jorga gehen. Oeſterreich ſoll vom Völkerbund einen Kredit erhalten. Der Plan der „Donauföderation“ iſt vorläufig — die Donau hinuntergeſchwommen, nach dem Schwarzen Meer. Um den Südoſten ringen der deutſche, italieniſche, franzöſiſche und ruſſiſche Einfluß und erfüllen die Atmoſphäre mit Gefahr. Rußland erhofft von der ökonomiſchen Lage einen Vorſtoß des Kommunismus, der auf dem Balkan, beſonders in Bulgarien, ſtarke Anſatzpunkte hat.[1])

Gottlob gibt es auch an dieſer Stelle der Welt Wächter Gottes, die den Dämonen entgegenſtehen.

c) *Der Südoſten* — in Europa und darüber hinaus. In ſchweren ſozialen Zukkungen liegen auch *Spanien* und das ſpaniſche Südamerika. Ein Symptom dafür iſt die Revolution in *Chile,* die zur Einſetzung eines „ſozialiſtiſchen“ Regimes führte. Der ökonomiſche Anlaß dafür iſt der kataſtrophale Niedergang der Salpeterinduſtrie infolge der Möglichkeit, den Stickſtoff direkt aus der Luft zu gewinnen. Wieder eine Frucht der Rationaliſierung! Ob das neue Regime ſich lange halten könne, iſt natürlich ebenſo fraglich wie dieſer „Sozialismus“.

Peru und *Mexiko* haben, ebenfalls aus Gründen, die mit der ökonomiſchen Lage zuſammenhängen, die diplomatiſchen Beziehungen abgebrochen.

Ueber ganz Südamerika liegt eine furchtbare ökonomiſche Depreſſion.

Spanien wird immer wieder von revolutionären Verſuchen des agrariſchen und induſtriellen Anarchoſyndikalismus erſchüttert. Im Kampfe mit ihm ſcheint die neue Regierung ſehr viel von den neuen „Freiheiten“ und großen Idealen preiszugeben. Immerhin, hier iſt doch neues und beſſeres Leben.

d) *Im äußerſten Oſten. Schanghai* iſt nun endgültig von den Japanern geräumt. Aber aus der *Mandſchurei* kommen immer dringlichere Alarmrufe. Die Japaner, heißt es, ſeien ſo nahe an die Gren-

[1]) Er zählt in Bulgarien 30 000 organiſierte Anhänger (davon 6000 in den Städten und 24 000 in den Dörfern) und 30 Abgeordnete im Parlament.

zen von Sowjetrußland vorgerückt, daß ein Zusammenstoß mit diesem fast unvermeidlich sei. Was das bedeutete, weiß man. Es ist zu fürchten, daß es dann auch in Europa losginge, daß Rumänien und Polen in Bewegung gerieten. Zwar haben diese Ursache, sich still zu halten, aber die Welt wird bekanntlich (von den Menschen) mit wenig Weisheit regiert.

Die russische Regierung rüstet sich zwar auf jeden Fall, tut aber das Unmögliche, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, der den Fünfjahrplan und vieles andere dazu zerstören könnte. Wenn es am 1. Mai in Moskau 100 000 Mann mit allem kriegerischen Zubehör paradieren und über der Stadt 300 Flugzeuge kreisen ließ, so sollte das als Drohung wirken, aber es wird dadurch freilich nicht zu einem *sozialistischen* Schauspiel. Man behauptet auch, daß Stalin den Bauern für den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte allerlei Freiheit eingeräumt habe, um für den Fall des Krieges im Lande eine bessere Stimmung zu haben.

In *Japan* scheint das Ringen einer Richtung, die mehr das Zivilvolk vertritt und sich in der Partei der Minsuito („Liberalen") konzentriert, mit der Militärkaste, die von den Seyukai („Konservativen") gestützt wird, weiter zu gehen. Das Ministerium Saito scheint einen Kompromiß zu bedeuten. Die Ermordung des Ministerpräsidenten Inukai durch eine faschistische Offiziersgruppe hat ein scharfes Licht auf diese typischen Vorgänge geworfen. Ein Teil der Arbeiterschaft ist ähnlich umgefallen, wie gewisse sozialistische Parteien Anno 1914. Dagegen halten sich pazifistische Gruppen vortrefflich. Man kennt Kagawas Stellung. Neuerdings ist *Professor Jaschino* von der Universität Tokio wegen „Antimilitarismus" abgesetzt worden. In *dieser* Sache gibt es heute eigentlich fast allein Gelegenheit zu *echtem* Märtyrertum.

e) *Die Lausanner Konferenz.* Im Angesicht dieser Lage der Welt soll am 16. Juni die Lausanner Konferenz zusammenkommen, um die Reparationsfrage zu erledigen und den ganzen Komplex der politischen und wirtschaftlichen Fragen, die damit zusammenhängen, zu behandeln. Ob sie das erreichen wird? Die deutschen Zustände scheinen dafür sehr wenig günstig. Schon Brüning hatte durch ein zu forsches Vorgehen vieles verdorben. Wird nun Frankreich geneigt sein, einem Deutschland, das von Haß und Feindschaft gegen es glüht, die Reparationen preiszugeben und damit ein Regime des Nationalismus und Imperialismus zu stärken? Oder wird man Papen-Schleicher stärken, um dafür Hitler zu vermeiden? Die elende amerikanische Wahlpolitik (die offenbar drei Fünftel der amerikanischen Politik überhaupt ausmacht) hat es dazu für nötig gehalten, gerade jetzt jede Möglichkeit einer Streichung der europäischen Kriegsschulden zu verneinen. Werden Frankreich, Belgien und England geneigt sein, durch viele Jahrzehnte „Tribute" an Amerika zu

zahlen, während Deutſchland von dieſen, wie von andern Staatsſchulden, völlig frei wäre? — Stark verdorben iſt das Vertrauen zu Deutſchland auch durch die Veröffentlichung des Briefwechſels *Streſemanns*, wo in einem Schreiben an den Kronprinzen u. a. zu leſen ſteht, man müſſe vorläufig gegenüber Frankreich „finassieren", um dann ſpäter die Maske abzuwerfen. (Ich habe, zum Aergernis von Leſern, Streſemanns Politik nie anders beurteilt.) Und endlich iſt der bevorſtehende, durch die Reichskonferenz in Ottawa (Kanada) zu beſiegelnde ökonomiſche Zuſammenſchluß des engliſchen Weltreichs, das einen weitern Abſchluß gegen Europa bedeutete, kein gutes Zeichen für Lauſanne. Ein „europäiſcher Kulturbund", wie er kürzlich in Zürich getagt hat, iſt ſolchen Bergen von Schwierigkeiten gegenüber ſchon nötig.

Es gibt freilich eine ganz andere Kraft, die Berge verſetzen kann! Und für Lauſanne gibt es auch *gute* Zeichen. Der „Temps" hat vor einiger Zeit ſogar unter dem Regime Tardieus (wenn ich nicht irre) die Wünſchbarkeit einer Erledigung des Reparationsproblems ausgeſprochen. Die neue Annäherung zwiſchen England und Frankreich wird die Sachlage erleichtern. Vorausſetzung für die Erledigung des Reparationsproblems, wie für eine ernſthafte Abrüſtung, dürften *allgemeine politiſche Abmachungen* ſein. Frankreich wird beſonders von Deutſchland einige politiſche „Sicherungen" erhalten müſſen, um ihm ſeinerſeits größere Zugeſtändniſſe zu machen. Die neue deutſche Regierung, die nicht national„verdächtig" iſt, eignet ſich vielleicht für ſolche Verhandlungen beſſer als die Brüningſche. Die Dinge haben im Guten wie im Böſen meiſtens einen andern Sinn als wir meinen, und Gott ſitzt im Regimente. Eine wirkliche *„Friedenskonferenz"* iſt die Vorausſetzung aller Löſungen und Bindungen, die zu einem neuen Europa führen können.

Die nationalen Freiheitskämpfe.

Es iſt eine wahre Erquickung, daß in unſerer Zeit trotz allem auch noch um echte Freiheit gekämpft wird. Freilich gibt es in ſolchen Kämpfen immer ein Auf und Ab. In *Indien* ſcheint die Politik der ſtarken Hand weiter zu gehen. Neuerdings lieſt man, daß 1000 politiſche Gefangene, unter ihnen Gandhi, auf eine Inſel transportiert werden ſollen. Stark gehindert wird bekanntlich die Freiheitsbewegung durch den Zwiſt zwiſchen Hindus und Mohammedanern, den wohl nicht *immer* die Engländer ſchüren. So ſind in Bombay Kämpfe zwiſchen jenen beiden Gruppen geſchehen, die, weit über die offiziellen Angaben hinaus, Hunderte von Toten und Tauſende von Verletzten gekoſtet haben ſollen. Der *Irak* (Meſopotamien) ſoll nun endgültig in den Völkerbund aufgenommen werden. Syrien werde folgen. *Katalonien* ſcheint nun ſeine Autonomie endgültig errungen zu haben. Jede Eindämmung des Zentralismus iſt ein Gewinn für Freiheit und Frieden. Ob aber der *belgiſche Sprachenkampf* ſich lohnt? Wünſchenswert iſt jedenfalls die Aufhebung alles Zwanges, der auf dem Gebrauch der Sprache liegt, und das Aufhören jeden Verſuchs, aus der Sprache ein Werkzeug nationaliſtiſcher Politik zu machen. Daß *de Valera* aber mit ſeiner forcierten, von bloßem Reſſentiment eingegebenen Politik der Brüskierung Englands Fiasko zu machen ſcheint

(der Senat hat die Abſchaffung des Treueides für England abgelehnt), iſt gut. Man kann auch das Prinzip der Unabhängigkeit zu Tode reiten.

Der Faſchismus.

Das Auftreten des *Faſchismus* in Japan zeigt, daß gewiſſe politiſche Tendenzen (nicht immer ganz und gar unberechtigte) in der ganzen Welt die Neigung haben, in dieſe Form einzumünden. In Italien hat Muſſolini ihn neuerdings dadurch illuſtriert, daß er vor zehntauſend Studenten, die ſich auf der Piazza Venezia in Rom verſammelt hatten, mit einem Buche in der einen und einer Flinte in der andern Hand erſchien und ihnen zurief:

„Libro — moschetto,
Fascista perfetto."
(„Buch und Schießgewehr,
Des Faſchiſten höchſte Ehr.")

Dieſes gemeine Wort beweiſt ebenſo deutlich, was von den Abrüſtungsreden Grandis zu halten iſt, wie die Beifallsraſerei der Studenten als Echo darauf beweiſt, was heute das Akademikertum noch wert iſt. Wenn auf einen ſolchen Mann einmal ein *gelungenes* Attentat verübt würde (es wurde letzthin wieder eines verſucht), ſo müßte man darin eine Nemeſis erblicken.

Der *Nationalſozialismus* hat in Oldenburg und Mecklenburg-Strelitz die Mehrheit erhalten. In Oeſterreich dringt er ſtetig weiter vor. Eine Reichstagsrede Gregor Straſſers, die Eindruck machte (ſie war ſehr antikapitaliſtiſch), wurde durch die gemeine Rohheit jener Reichstags- und Landtagsſzenen wieder aufgehoben.[1])

In Zürich vertrat letzthin *Othmar Spann,* durch die „Neue Front" gerufen, ſeinen Faſchismus.[2]) Manches an ſeiner Kritik des Individualismus war gut und tief, wenn auch nicht ſo neu, wie er wohl glaubte, und doch verſteht er von dem tieferen Sinn ſowohl des Individualismus als der Demokratie und des Sozialismus nichts und bleibt darum mit ſeinem Kampf auf der Oberfläche. Es war auch ſchade, daß er nicht den Mut hatte, ſich zum Katholizismus und zum Faſchismus offen zu bekennen. Während nach ſeinem Vortrag vor den Studenten keine Gelegenheit zur Diskuſſion war und es am enthuſiaſtiſchen Beifall eines Teiles der Zuhörer nicht fehlte, fand Spann in der Philoſophiſchen Geſellſchaft ſcharfen Widerſpruch und offenbar wenig Zuſtimmung. Jedenfalls war er eine Enttäuſchung für Urteilsfähige.

Vom wirtſchaftlichen Zuſammenbruch.

Auf den Zuſammenhang zwiſchen den nationaliſtiſchen Bewegungen mit der ökonomiſchen Kriſe iſt man zwar wohl im Einzelnen (z. B. in bezug auf den deutſchen und öſterreichiſchen Nationalſozialismus oder auch Japans Verhalten) aufmerkſam geworden, aber weniger in bezug auf den ſoziologiſchen Charakter und Sinn dieſes Zuſammenhangs im allgemeinen. Und doch wäre es, beſonders für den „marxiſtiſchen" Sozialismus, wichtig, ihn zu bedenken.

Ueber den Zuſammenbruch ſelbſt ſeien einige Daten angeführt. Die *Arbeitsloſigkeit* wächſt trotz der „Saiſon" im allgemeinen. Man zählt gegenwärtig offiziell 25 Millionen gänzlich Arbeitsloſe, alſo etwa 100 Millionen direkt von

[1]) Dieſe Rohheit iſt in wüſten antiſemitiſchen (und „antimarxiſtiſchen") Ausſchreitungen an den drei *Wiener Hochſchulen* neuerdings zum Ausdruck gekommen.

[2]) Man zählte Othmar Spann früher zu den Vertretern der „ſozialromantiſchen" Schule; aber nun iſt er offenbar zum Faſchismus übergegangen.

dieſer Not Ergriffene. Doch ſind die offiziellen Angaben viel zu niedrig. Es ſind von allen auf Erwerb Angewieſenen arbeitslos: in Belgien 38 Prozent, in Auſtralien 32 Prozent, in Deutſchland 30 Prozent, in Oeſterreich 28 Prozent, in Schweden 27 Prozent und ſo fort. In der Schweiz zählte man Ende April 40 423 ganz und 60 659 teilweiſe Arbeitsloſe. Bezeichnend iſt, daß die Arbeitsloſigkeit in *England* trotz der Aufhebung der Goldwährung nicht weiter geſunken, ſondern ſogar geſtiegen iſt, was zum mindeſten beweiſt, daß Währungsreformen kein wirtſchaftliches Allheilmittel bedeuten. In den Vereinigten Staaten ſchätzt man die Zahl der unterernährten *Kinder* auf 13 Millionen! In lehrreichem Gegenſatz dazu ſteht die Mitteilung (deren Richtigkeit ſich freilich meiner Kontrolle entzieht), daß man dort ein Schaf für 10 Cents (= 50 Rappen) haben könne! 12 000 notleidende Kriegsveteranen ſind nach Waſhington geſtrömt, um dort leidenſchaftlich Hilfe zu verlangen. Der Senat ſoll eine Summe von zwei Milliarden Dollar (= 10 Milliarden Schweizerfranken) für Unterſtützung der Arbeitsloſen bewilligen, wogegen Hoover im Namen der Staatsfinanzen opponiert. (Dazwiſchen wird der Newyorker Oberbürgermeiſter Walker ſchwerer *Korruption* beſchuldigt.) Auch in *Auſtralien*, wie in *Neuſeeland*, iſt die Wirtſchaftslage infolge des Preisſturzes verzweifelt. Daher der Sturz der Arbeiterregierung in Neu-Südwales, wo ſie von 84 Mandaten bloß noch 20 erhält, während ſie in Queensland freilich von 54 30 behauptet. Von den Zuckungen im Südoſten Europas (wozu auch der nahe *Oſten* käme: Polen, die Randſtaaten), in Spanien und Südamerika iſt ſchon anderwärts berichtet. Auch die *Steuern* geben ein Bild der Lage. Sie betragen auf den Kopf der Bevölkerung z. B. in England 78 Dollars, in Frankreich 48 Dollars, in Deutſchland 35 Dollars, in den Vereinigten Staaten 24 Dollars. Auch in *Frankreich* greift die Kriſe um ſich, ebenſo in *Dänemark, Holland.* In der *Schweiz* geht der Export (und Import) kataſtrophal zurück. Die große alte Maſchinenfabrik Eſcher, Wyß & Co. in Zürich iſt mit 16 390 766 Franken Verluſt zuſammengebrochen, allerdings auch, wie es ſcheint, infolge von Mißwirtſchaft. Ein Expoſé des ſchweizeriſchen Handels- und Induſtrievereins und der Arbeitgeberorganiſationen fordert zur Steigerung des Exportes Lohn- und Preisreduktion, wogegen ſich die Organiſationen der Arbeitnehmer wenden. Zur Stützung der Banken (die an Kreuger allein 200 Millionen verloren haben ſollen) will man eine Darlehenskaſſe („Stützungsbank") mit 200 Millionen Kapital gründen. — Im *Ruhrbergbau* wurden durch Spruch eines Schiedsgerichtes die Tarifverträge verlängert. Aber die Lohnſenkung geht vorwärts und die Preisſenkung folgt nicht genügend nach.

In rheiniſchen deutſchen Städten ziehen Scharen von Männern und Frauen durch die Straßen, ſchlagen Schaufenſter ein und ſchreien: „Wir haben Hunger!" Und dabei dieſer Ueberfluß an Lebensmitteln! Da ſind ſchon *Weltwirtſchaftskonferenzen* nötig, wie letzthin eine in Berlin von privater Seite veranſtaltet war und eine nun, von England und Amerika her angeregt, auf die Lauſanner Konferenz folgen ſoll, aber es iſt wohl *mehr* nötig. Es bricht die Welt des Egoismus zuſammen, damit die Welt der *Liebe* komme.

Vom Sozialismus.

Wird der Sozialismus ſich aufraffen?

Das war die Frage, die man beſonders an die in Zürich tagende *Abrüſtungskonferenz der Zweiten Internationale* und der mit ihr verbundenen *Gewerkſchaftsinternationale* ſtellen mußte. Wer ihr beiwohnte (wie der Schreibende), wird ſchwerlich mit einem zuverſichtlichen Ja antworten können. Es wurde natürlich allerlei Gutes und Richtiges geſagt, aber es waren die alten Worte, die ſchon ſo oft geſprochenen Worte. Halt gemacht aber wurde genau an der Stelle,

wo es nun weitergehen müßte, da, wo *Taten,* unmittelbare Taten, einſetzen müßten. Sollten ſolche heute nicht möglich ſein, ſo müßte man es wenigſtens ehrlich eingeſtehen und den Sachverhalt nicht durch „begeiſternde" Reden zudecken.

Die Oppoſition wurde in dieſem Sinne von einer ſehr kleinen Minderheit vertreten, von der engliſchen unabhängigen Arbeiterpartei, einer polniſchen Gruppe und dem welſchen Sekretär unſerer Partei, Nationalrat Graber. Fenner Brockways Rede war ein tapferes Bekenntnis, aber vielleicht zu wenig realiſtiſch. Sehr gut und auch tapfer aber muß Graber (deſſen Rede ich leider nicht mehr hören konnte) die Hand auf jenes Uebel gelegt haben.

Schlimmer aber noch als dieſes offenkundige neue Verſagen war einiges von dem „Poſitiven", das die Tagung brachte, vor allem das Auftreten von *Rudolf Breitſcheid.* Seine rhethoriſch wirkſame Rede war nichts anderes als ein Plädoyer für die Haltung der deutſchen Partei und den deutſchnationaliſtiſchen Standpunkt. Aber ſchlimmer als die Rede ſelbſt war der gewaltige Beifall, den ſie wie Breitſcheid perſönlich fand und der in ſtarkem Gegenſatz zu dem kühlen Schweigen ſtand, das Fenner Brockway umgab.[1])

Wird der *deutſche* Sozialismus, ſpeziell die Sozialdemokratie, ſich aufrichten? Gewiß nur dann, wenn ſie den Nationalismus und Militarismus, die ſie ſich ſeit dem Auguſt 1914 hat anwachſen laſſen, wieder abzutun vermag. Sonſt wird ſie endgültig eine linksbürgerliche Partei. Was ſoll man dazu ſagen, wenn ein Mann wie Sollmann (deſſen perſönlicher Wert durchaus unangetaſtet bleiben ſoll) im Reichstag gegen den Vorwurf, die Sozialdemokratie ſei eine Partei der Dienſtverweigerer, leidenſchaftlich mit einem: „Das iſt eine Lüge" reagiert? Oder wenn Heilmann im Preußiſchen Landtag ſeine Partei gegen die Nationalſozialiſten als „ehrlich nationale Oppoſition" rühmt, alſo offenbar jene in Nationalgefühl übertrumpfen will? Wird man auf dieſe Weiſe den Nationalismus beſiegen? Beſiegt man den Alkoholismus durch überlegene Trinkkraft? Der Mißerfolg der Anklage auf Hochverrat gegen die Hitlerleute zeigt, daß das kein Weg für den Sozialismus iſt. Er muß das nationale Problem *anders* anfaſſen, ſonſt iſt ſein Untergang beſiegelt. Der Sozialismus wird antimilitariſtiſch und übernational (damit aber auch *richtig* national!) ſein oder er wird *nicht* ſein.

Wer wie ich ſeinerzeit den *Baſler* außerordentlichen Friedenskon-

---

[1]) Intereſſant war auch ein Neben- und Nachſpiel. Dr. Kramer von der St. Galler „Volksſtimme" hatte in einem Artikel, der vor der Konferenz erſchien, ſeine Skepſis gegenüber dieſen Internationalen ausgeſprochen. Dagegen polemiſierte Breiſcheid mit Vehemenz. Die ſchweizeriſche Delegation war ſchwach genug, eine Erklärung abzugeben, daß Kramers Standpunkt nicht der der Partei ſei, während es doch Tatſache iſt, daß von den *denkenden* ſchweizeriſchen Sozialiſten zwei Drittel auf ſeiner Seite ſind. Dr. Kramer hat übrigens in der „Volksſtimme" ausgezeichnet geantwortet.

greß im Jahre 1912 mitgemacht hat, konnte nicht umhin, Geiſt und Menſchen von damals mit jenen von heute zu vergleichen. Welch ein Abſturz! Und doch hat ja ſogar jener gewaltige Kongreß verſagt.[1])

Wird der Sozialismus ſich aufrichten? Antworten wir getroſt: Dennoch! Aber auf neuem Boden!

Die Abrüſtung.

Die Abrüſtungskonferenz iſt feſtgelaufen — ſollen wir ſagen: im Sand des Fachmännergeſchwätzes oder beſſer: im Sumpf der *Lüge,* daß man eine Abrüſtungskonferenz von Leuten abhält, deren innigſter Wunſch die Aufrüſtung iſt, der Lüge einer Unterſcheidung von Angriffs- und Verteidigungswaffen oder der Abſchaffung des Luftkrieges, der doch mit tödlicher Sicherheit kommt, wenn es wieder Krieg gibt — was natürlich alle wiſſen! Wird ſie aus dieſem Lügenſumpfe wieder herauskommen? Jedenfalls nicht durch den Macdonald zugeſchriebenen Vorſchlag von zehn- bis fünfzehnjährigen Rüſtungsferien, die doch niemand einhält, von vornherein niemand einzuhalten gedächte. Das wäre nur ein neuer Guß Waſſer in den Lügenſumpf. Und nicht weniger der andere Vorſchlag Macdonalds, die Großmächte ein Friedensverſprechen unterzeichnen zu laſſen.

Es kündet ſich infolge dieſes innern Scheiterns der Konferenz der Diplomaten, Generalſtäbler und Kriegslieferanten die Wendung an, die hier immer als das Notwendige bezeichnet worden iſt: *die Selbſtabrüſtung der Völker, die einfach nicht mehr mitmachen. Ponſomby,* der vor Jahren die bekannte Verweigerungsaktion eingeleitet hat,[2]) und *Einſtein* ſind mit *Runham Brown,* dem Sekretär der Internationale der Kriegsdienſtgegner, nach Genf gegangen, um dieſe Parole auszugeben. Auf dieſer Linie muß es weitergehen, nichts anderes hilft mehr.[3])

---

[1]) Sollte der Rücktritt eines Mannes wie Dr. *Breitner,* dem das ſozialiſtiſche Wien ſo viel von dem verdankt, was es Großes geſchaffen, auch ein Symptom ſein?

[2]) Ich erinnere an ſein Buch: Nows is the Time. (Jetzt iſt die Zeit!)

[3]) *Ponſomby* und *Einſtein* haben folgende Erklärung erlaſſen:

„Da es offenkundig geworden iſt, daß die Genfer Diskuſſionen, ſo wie ſie nun vor ſich gehen, ſchwerlich zu einem Abrüſtungsprogramm führen werden, das noch imſtande wäre, die Welt vor dem Unheil eines neuen Krieges zu retten, glauben wir, daß die Zeit für die Völker der Erde gekommen ſei, die Sache in ihre eigene Hand zu nehmen, indem ſie auf vollſtändige Entwaffnung im Laufe von fünf Jahren und auf ſofortigen Verzicht auf Kriegsmethoden unter allen Umſtänden dringen. Darin iſt begriffen:

1. *Die Aufhebung des obligatoriſchen Wehrdienſtes.*
2. *Die ſofortige Einſtellung von Rekrutierung und Anwerbung.*
3. *Die ſofortige Einſtellung der Herſtellung von Munition und Waffen.*

Die Völker der Erde müſſen bereit ſein, dieſe Ziele durch individuelle und kollek-

Dagegen ist mir zweifelhaft, ob der Abrüstungskongreß, den Barbusse, Gorki, Einstein, Heinrich Mann, Romain Rolland, Frau Sun Yat Sen u. a. einberufen, der Sache Nutzen bringen wird. Wer sich für die Gewalt im sozialen Bürgerkrieg ausspricht und auch den Völkerkrieg nicht *unbedingt* ablehnt, wird schwerlich mit Vollmacht die Abrüstung fordern können. Und Rußland ist nicht jedes Antimilitaristen „ideales Vaterland". Natürlich wäre es eine Schande für die Schweiz, wenn die Abhaltung dieser Konferenz in Genf verboten würde, wie die Reaktionäre verlangen. Aber eine Förderung unserer Sache kann ich von ihm nicht erwarten.

Inzwischen sind die *Frauen* der Liga von Henderson, dem sie die Resolution von Grenoble überreichten, neuerdings freundlich empfangen worden. Möchten die Frauen, Gandhis in Lausanne gegebenen Rat befolgend, immer mehr erkennen, wie stark sie sind.

Die Friedensbewegung.

Die *Frauenliga für Frieden und Freiheit* hat im Mai in Grenoble getagt. Sie hat vor allem (an Hand eines Referates von Lehmann-Rußbüldt) die Waffen- und Munitionslieferungen und das Problem der Völkerbundsarmee besprochen. Diese lehnt sie ab. Ob nicht etwas zu doktrinär? Ist, nach geschehener Totalabrüstung, eine Völkerbunds-*Polizei* nicht denkbar, ja nötig? Darüber in der „Rundschau" mehr!

Im Großen Rat des Kantons *Aargau* wurde von unserem Freund Lehrer Suter in Baden Abgabe von Literatur, die der Erziehung zum Frieden diente, an die Schulen beantragt, aber abgelehnt, offenbar auch durch die Stimmen der Katholiken. Die Vertreter der „Evangelischen Volkspartei" stimmten dafür, während ihr Vertreter in der Bundesversammlung, Nationalrat Hoppeler, gegen den gleichen Antrag mit dem Schlagwort von der „moralischen Aufrüstung" opponierte, wobei er offenbar die „moralische" Aufrüstung mit der „physischen" für wohl verträglich hält. Im Nationalrat wurde der Antrag übrigens angenommen, was immerhin ein Zeichen ist, wie der Wetterhahn steht.[1])

Die *Dienstverweigerung* nimmt offenkundig immerfort zu. Von neuen *schweizerischen* Fällen soll im nächsten Heft berichtet werden. In *Holland* sitzen gegenwärtig 24 Verweigerer im Gefängnis. Die Bewegung scheint besonders auch in *Belgien* zu wachsen. Zu dem von uns berichteten Fall Lejeune kommen hinzu: *Berten Fermont, Maurice van der Broeck, Willem de Rouver, M. Thielemans, Hermann van Volsem.* Sie haben zum Teil ein bis zwei Jahre Gefängnis erhalten.

---

tive Verweigerung des Transportes von Kriegsmaterial wie durch Verweigerung des Militärdienstes zu verwirklichen."

Ponsomby ist nun an Stelle des zurückgetretenen Fenner Brockway Vorsitzender der Internationale der Kriegsdienstgegner.

[1]) Die eigentliche Volksstimmung wird auch durch das fieberhafte Bemühen der militärischen Kreise, ihre Sache wieder in Schwung zu bringen, bezeichnet. Wer erfahren will, wie man das Begräbnis eines höheren Militärs feiert, als ob ein Held vieler Schlachten und Retter des Vaterlandes geschieden wäre — mit großem Militäraufgebot, Kreisen von Flugzeugen in der Luft und ähnlichem kriegerischem Pomp (trotzdem von diesem Militär, so tüchtig er gewesen sein mag, keine Taten jener Art bekannt sind), der lese den Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung" (24. Mai) über die Beerdigung des Oberkorpskommandanten *Schibli.* In alledem liegt System.

Besonderes Aufsehen erregt hat in *Frankreich* der Fall des Lehrers *Camille Rombaud*, der am 26. Mai vor dem Militärgericht in Lille stand. Seine Begründung war: „Meine Religion verbietet mir, zu töten und darum auch an der Vorbereitung auf den Krieg teilzunehmen." Eine illustre Schar von Zeugen trat für ihn ein: die protestantischen Pfarrer Nick, Trocmé, Roser, neben dem Abbé Remilieux, der bekannte Pazifist Georges Pirah und der Professor der Philosophie in Paris, Félicien Challaye.[1]) Dazu *Marc Saugnier*. Dieser erklärte wörtlich: „Wenn die Welt einmal fest auf dem Boden des Friedens organisiert sein und allgemeine und gleichzeitige Abrüstung der Völker möglich sein wird, dann werden offenbar wir alle die Haltung Rombauds einnehmen müssen. Das Unrecht der Dienstverweigerer, die eine Art tapferer Vorhut des Friedens bilden, ist manchmal von heroischer Art: es besteht vielleicht vor allem darin, daß sie ihrer Zeit voraus sind und zu früh Recht haben." [2])

Im badischen Dorfe Endingen ist nach achtzehnjähriger Abwesenheit der totgeglaubte *Oskar Daubmann*, dessen Name längst auf dem Kriegerdenkmal des Dorfes stand, heimgekehrt. Möchten so viele wiederkommen und erzählen!

Schweizerisches.

Die Schweiz hat gegen Frankreich den sogenannten *Zonenprozeß* gewonnen, d. h. den Prozeß um die zollpolitischen Freizonen gegen Savoyen hin. Mich hat dieser Handel stets ziemlich kühl gelassen. Es ist vielen Rufern in diesem Streit mehr um die Schürung des Hasses gegen Frankreich, als um die Ehre und das Interesse der Schweiz und Genfs zu tun gewesen. Aber *grundsätzlich* hat die Sache große Bedeutung: sie zeigt, daß es „noch Richter im Haag gibt" und daß ein kleines Volk mit seinem Recht nicht verloren ist, auch wenn es nicht mit dem Säbel rasseln kann.

Im Nationalrat kam die Frage des *Waffen- und Munitionshandels* zur Sprache. Eine sozialdemokratische Motion verlangte die Ratifikation der betreffenden Konvention des Völkerbundes durch die Schweiz. Die Art, wie Motta diese Selbstverständlichkeit mit Berufung auf das, was die andern nicht täten, ablehnte und auf die lange Bank kommender Regelungen durch den Völkerbund verwies, zeigte wieder das ganze System. Daß die Abgabe von Literatur gegen den Krieg bewilligt wurde, ist schon erwähnt worden. Wenn der sozialdemokratische Berichterstatter über die Tätigkeit der schweizerischen Delegation in der Abrüstungskonferenz — sonst ein Herr mit sehr vollen Backen — erklärte, diese habe die Aufgabe der Schweiz richtig vertreten, so gibt das schon Anlaß zu psychologischem Nachdenken. Im Ständerat hat der Haß gegen den Völkerbund, der weithin unser schweizerisches Politikertum erfüllt (und zwar ein *prinzipieller* Haß), zu dem Versuch geführt, einen Beitrag von 900 000

[1]) Die Verteidigung hatte der bekannte Vertreter des religiösen Sozialismus *André Philipp*, Professor der Nationalökonomie in Lyon, übernommen.

[2]) Marc Saugnier will sich von nun an einseitig den pazifistischen Bestrebungen widmen und dafür den Rahmen der Vereinigung: La Jeune République durchbrechen. Diese selbst aber beharrt auf der bisherigen Aufgabe, so daß es zu einer äußeren Trennung von Saugnier gekommen ist.

Franken (den Reſt der geplanten drei Millionen) an die Koſten Genfs für den Völkerbund zu ſtreichen. Es gelang nur mit Mühe, das zu verhindern. Die gleichen Leute würden zwanzig Millionen für Gasmasken mühelos bewilligen.[1]) Gegen den Waffen- und Munitionshandel haben ſich übrigens ſehr energiſch auch die ſchweizeriſchen *Frauenzentralen* ausgeſprochen. Es hat ſich ein aus Vertretern aller Parteien und Volkskreiſe beſtehendes Komitee gebildet, das dieſe Sache weiter verfolgt.

In Lauſanne haben unſere Freunde gegen das chauviniſtiſche, der Verherrlichung des Schweizermilitärs gewidmete Stück: La Gloire qui chante (der Ruhm im Geſang) proteſtiert und mit viel Erfolg.

Kaufleute und Induſtrielle verlangen die Aufnahme von normalen Handelsbeziehungen mit Rußland. Warum nicht? Auch *politiſch* wäre es am Platze. Denn ſtehen wir nicht in ſolchen Beziehungen auch zur Türkei?

Ein Verſuch der Neuenburger Regierung, dem ehemaligen Pfarrer und jetzigen kommuniſtiſchen Propagandiſten *Humbert Droz* Vorträge über Rußland zu verbieten, iſt durch das Bundesgericht verhindert worden. Endlich wieder einmal eine Regung demokratiſchen Liberalismus!

Kulturelles.

Einen Pendant zu den Fällen Sacco und Vanzetti in Boſton, Mooney und Billings in San Franzisko, Maſſie in Honolulu bildete der der *acht jungen Neger* in *Scottsboro*, die angeſchuldigt ſind, an zwei weißen Frauen Vergewaltigung geübt zu haben. Alles ſcheint dafür zu ſprechen, daß ſie unſchuldig ſind. Aber ſie ſind zum Tode verurteilt und kommen auf den elektriſchen Stuhl, wenn es nicht im letzten Augenblick gelingt, das Urteil abzuwenden. Quousque tandem, America?

Im gleichen Amerika iſt ein Verſuch, die *Prohibition* durch die Freigebung von Bier bis zu 2,75 Prozent Alkoholgehalt zu durchbrechen, vom Repräſentantenhaus mit 228 gegen 169 Stimmen abgelehnt worden, trotzdem er mit dem Köder einer hohen Alkoholſteuer verbunden war. Die Prohibition ſcheint bei der Präſidentenwahl eine große Rolle ſpielen zu ſollen.[2])

Aus Berlin wird eine ſchauderhafte Tat eines Wahnſinnigen berichtet, der die abgeſchnittenen blutigen Hände ſeiner ermordeten Mutter auf die franzöſiſche Botſchaft bringt.

---

[1]) Eine ſolche Vorlage iſt übrigens angekündigt. Es ſoll mit 1½ Millionen begonnen werden, aber deren Bewilligung bedeutet natürlich die der ganzen Summe. So nimmt das Verhängnis ſeinen Lauf.

[2]) Wie der Kampf gegen die Prohibition betrieben wird, zeigt folgende Notiz: Bei herrlichſtem Wetter fand in Neuyork am Pfingſtſonntag die größte Parade ſtatt, die die Geſchichte dieſer Stadt kennt. Unter Anführung des Bürgermeiſters Walker durchzog eine „Bierparade“ von 11 Uhr bis Mitternacht die Straßen. Die Beteiligung war rieſenhaft, man ſchätzt die Zahl der Demonſtranten, denen ſich auch nahezu alle in Neuyork lebenden Deutſchen angeſchloſſen hatten, auf mehrere hunderttauſend. Die Kundgebung iſt von den „Naſſen“ veranſtaltet worden, um der Regierung vor Augen zu führen, daß alle Amerikaner die Einführung von alkoholhaltigem Bier begrüßen würden. (!)

Der Zug, den 70 Muſikkapellen begleiteten, ſetzte ſich in der 5. Avenue in

Im indiſchen Ozean iſt der franzöſiſche Dampfer „Georges Philibar“ mit 100 Paſſagieren untergegangen. 700 konnten gerettet werden.

In Mexiko hat ein *Erdbeben* 600 Tote und 1000 Verletzte gefordert.

Alles Mementi!

Religiöſes und Kirchliches.

Eine päpſtliche *Enzyklika* über die Weltlage iſt erſchienen. Es ſoll davon noch berichtet werden.

Die Enzyklika Quadragesimo anno hat u. a. zu einer wahren Verfolgung *Orels*, des heutigen Hauptes der ſogenannten ſozialromantiſchen Schule, geführt. Sein großes Werk: „Oeconomia perennis“ iſt nach allerlei Quälereien verboten worden. In der Schweiz macht die *katholiſche Friedensbewegung* erfreuliche Fortſchritte. Die Vereinigung *Pro Pace* in Zürich führt einen Kampf gegen den Waffen- und Munitionshandel, der für die proteſtantiſchen Kreiſe vorbildlich ſein kann. Einige Aeußerungen katholiſcher Führer ſtehen anderwärts in dieſem Heft.

In der in Genf erſcheinenden „Semaine Religieuse“, dem offiziöſen Organ der dortigen Kirchen, findet ſich (Nr. 11. VI.) ein Artikel, der ſehr weitgehend für die Dienſtverweigerer eintritt. Demgegenüber iſt die nationaliſtiſche Verblendung der großen Mehrheit des deutſch-proteſtantiſchen Paſtorentums zum Verzweifeln. Nach einem Aufſehen erregenden Bericht hat an einer großen Theologenkonferenz in Göttingen, unter brauſendem Beifall und ohne Widerſpruch zu finden, ein Paſtor *Mattiat* folgendes erklärt:

„Wir ſehen im Nationalſozialismus die deutſche Freiheitsbewegung, zu der wir uns bekennen würden, ſelbſt wenn ſie im Namen des Teufels geführt würde.“

Haben dieſe deutſchen Theologen neben der Bergpredigt und dem Kreuz auch die Verſuchungsgeſchichte vergeſſen?

Wenn dieſe darin ſündigen, ſo die angelſächſiſchen Kirchen in der zu großen Nachgiebigkeit gegen die Irrtümer einer verdorbenen Ziviliſation. So haben neuerdings amerikaniſche Synoden ſich weitgehend für die Empfängnisverhütung erklärt. „Amerikanismus!“

Zu reden gibt bei uns immer noch der Uebertritt des Pfarrers *Oskar Bauhofer* zur römiſch-katholiſchen Kirche. Man will daraus in einigen fanatiſch reformierten Kreiſen ein Unglück, ja faſt ein Vergehen machen. Aber ſollte es nicht vielmehr zu begrüßen ſein, wenn in das konfeſſionelle Verhältnis viel mehr Beweglichkeit käme, in dem Sinne, daß das, was jetzt einfach Sache der Geburt und der Gewohnheit iſt, wieder viel mehr Sache der Freiheit und der eigenen

---

Bewegung. Der Verkehr wurde durch Radio von einem Babyluftſchiff aus geregelt, das dicht über den Marſchierenden dahinflog. Sämtliche politiſchen Verbände, alle Raſſen, alle Religionen, alle Berufe und alle Altersklaſſen waren vertreten; eine große Zahl von Revuegirls, Schauſpielern und Artiſten marſchierten geſchloſſen mit. Die Straßen waren von etwa einer halben Million Zuſchauen dicht umſäumt, die bis in die tiefe Nacht mit heiſerer Kehle „Wir wollen Bier“ ſchrien.

Entſcheidung würde? — In England iſt der bekannte Prediger an der Kingsway-Houſe-Kirche, *William Orchad*, ein hochbedeutender, uns in *manchem* (nicht in allem) naheſtehender Mann, den gleichen Weg gegangen, aber es gibt darob keine Aufregung.

Pfarrer *Zindel*, unſer einſtiger Schüler, hat ſein Arboner Pfarramt aufgegeben, weil er es als unerträglich empfand, als Pfarrer einer Partei (in dieſem Falle der Sozialdemokratie) anzugehören. Nun, es kommt ganz darauf an, in welchem *Sinne* man das tut und in welcher *Form*. Dagegen ſollte man nie unmittelbar vor einer Wahl in eine Partei eintreten, weil dieſe es wünſcht, auch wenn man es ſonſt mit gutem Gewiſſen tun könnte.

Unſere „*Liga für das Chriſtentum*" bekümmert ſich fortwährend ſehr ſtark um die Sache des Chriſtentums — in Rußland! Ueberhaupt: nötiger wäre eine „Liga des Chriſtentums" *für uns*, als eine von uns für das Chriſtentum.

14. Juni. *Leonhard Ragaz.*

Rundſchau

Nochmals Polizei und Militär. Wie es ſcheint durch irrtümliche Auslegung einer Bemerkung von mir in einer der letzten Betrachtungen zur Weltlage veranlaßt, polemiſiert Prof. Förſter im erſten Aprilheft der „Zeit" gegen die von mir vertretene Auffaſſung des Verhältniſſes zwiſchen *Polizei* und *Militär*. Ich habe mich meinerſeits nach der Auseinanderſetzung mit ihm vor einem Jahre, die er durch ſeine völlig unprovozierten und unverantwortlichen Angriffe auf den religiöſen Antimilitarismus der Schweiz notwendig gemacht hatte, weiterer Polemik mit ihm enthalten — eine einzige Bemerkung abgerechnet, die man aber kaum als „Polemik" bezeichnen kann —, obſchon faſt jede Nummer der „Zeit" dazu Anlaß gäbe. Aber es ſcheint mir, auf dieſen letzten Artikel ſei eine Antwort am Platze.

Offen geſtanden: Ich habe bei wiederholter Leſung dieſes Artikels nicht den Eindruck gehabt, es werde hier von *mir* geredet. Denn Förſter geht offenbar von der Vorausſetzung aus, ich mute den Völkern die totale und ſofortige Abrüſtung zu, ohne ihnen die geringſte *Sicherheit* gegen „unprovozierten Angriff" zu geben. Nun habe ich aber doch gerade in jenen Betrachtungen „Zur Weltlage", wie übrigens auch früher oft genug, ſtark betont, daß wir das Problem der Sicherheit nicht vernachläſſigen dürften. Ich bekämpfe zwar einen *falſchen* Sicherheitsbegriff, das, was ich Sicherheitswahn nenne, den Wahn, daß das Syſtem der militäriſchen Rüſtungen den Völkern wirklich Sicherheit geben könne, und kämpfe für eine beſſere Auffaſſung von Sicherheit, eine, die aus einem anderen *Glauben* ſtammt, aber ich hoffe, Förſter habe ſich noch nicht ſo endgültig in ſeine „Sackgaſſe verrannt", daß er für dieſe Seite des Problems ganz und gar kein Verſtändnis mehr beſitze. Ich wünſche, daß auch das größtmögliche Maß von Sicherheit durch *Ordnungen* geſchafft werde und lehne in dieſem Sinne eine Völkerbundspolizei nicht *grundſätzlich*, etwa weil ſie gegen die „Gewaltloſigkeit" verſtoße, ab, wenn ich auch über ihre praktiſche Möglichkeit mit meinem Urteil zurückhalte und jedenfalls dafür die militäriſche Totalabrüſtung aller Völker vorausſetze. Von irgend einer Preisgabe der Völker an eine internationale Anarchie iſt alſo keine Rede.

Es ſteht damit durchaus nicht im Widerſpruch, wenn ich an die Möglichkeit und Notwendigkeit glaube, daß einzelne Völker auf dem Wege der Abrüſtung durch das Wagnis *vorangingen*. Es iſt ſelbſtverſtändlich, daß ſie das nicht tun,

fehlt, mag man als einen Mangel bezeichnen, doch kann es auch insofern als Vorzug betrachtet werden, als Kierkegaard so selbst das Wort behält.

Summa: Gilgs Buch ist vortrefflich, aber Kierkegaard wartet noch auf seinen „Einzelnen", um nicht zu sagen: auf seine Zeit. Er ist eben sehr viel mehr als ein Theologe, meint sehr viel mehr als eine ernste und geistvolle Theologie. *L. R.*

Druckfehler. Das *Juniheft* enthält ungewöhnlich viele kleinere Druckfehler. Es ist zu lesen: S. 244, Zeile 21 von oben „es" (statt „er"); S. 263, Zeile 18 und 19 von oben „sie", „Sie" und „sie" (statt „er", „Er", „ihn"); S. 266, Zeile 14 von oben „Konservatismus" (statt „Konservativismus"); S. 275, Zeile 10 von oben „der" (statt „das"); S. 280, Zeile 10 von oben „ihr" (statt „ihm"); S. 281, Zeile 2 von oben „Rombaut" (statt „Rombaud") und Zeile 6 von oben „Pioch" (statt „Pirah"); S. 286, Zeile 21 von oben „einen andern" (statt „andere").

Dieses Verzeichnis, das schwerlich vollständig ist, mag zeigen, daß der Leser manchmal von sich aus solche kleine Fehler zurechtrücken muß.

Redaktionelle Bemerkungen.

Wegen dem Ausbleiben des Vortrags von Lejeune ist der Redaktor in diesem Heft wieder stärker vertreten, als ihm lieb ist. Doch kommt es ja auf die *Sache* an, nicht auf die *Namen.*

Nicht zu entschieden? Ein junger Franzose, Philippe Vernier, erzählt von seiner Teilnahme am Kreuzzug für den Frieden folgendes Erlebnis: „Wir haben alle das Versagen der Führer bemerkt. Politische oder religiöse Führer, alle sind sie furchtsam und bedenklich in einem Augenblick, wo eine kühne Glaubenshaltung nötig ist. Ich höre noch die guten Ratschläge des Pastors eines kleinen Schweizer Dorfes: ‚Seien Sie vorsichtig! Meine Gemeindeglieder sind nicht bereit, eine zu entschiedene Botschaft anzuhören.' Und ich höre noch nach der Versammlung, in der wir ebenso entschieden gewesen waren wie sonst, die Gemeindeglieder uns sagen: ‚Seit Jahren haben wir darauf gewartet!' "

* * *

Ich weiß nicht, ob es Pflicht ist, Glück und Leben der Wahrheit zu opfern. Aber das, weiß ich, ist Pflicht, wenn man die Wahrheit lehren will, sie ganz oder gar nicht zu lehren, sie klar und rein, ohne Rätsel, ohne Zurückhaltung, ohne Mißtrauen in ihre Kraft zu lehren.

Lessing.

* * *

Was nicht zur Tat wird, hat keinen sittlichen Wert.

Gustav Werner.